

MEDIENKONFERENZ VOM 24. FEBRUAR 2020

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

SVP-Kündigungsinitiative

Ausbeutung und Missbrauch nicht die Tür öffnen

Die zur Abstimmung stehende Initiative gibt vor, die Einwanderung begrenzen zu wollen, und nimmt damit das Risiko eines Bruchs in den Beziehungen zur Europäischen Union in Kauf. Aber schon die Medienkonferenz der SVP zur Kündigungsinitiative vom 30. Januar 2018 hat gezeigt, dass dies nur ein vordergründiges Ziel ist. Die wahren Absichten der InitiantInnen betreffen den Arbeitsmarkt: Es geht schlicht darum, den Arbeitgebern wieder die Kontrolle über ausländische Arbeitskräfte zu geben und die Möglichkeit, einseitig über ihre Beschäftigungsbedingungen zu entscheiden.

Gegenüber diesen Absichten, die wie so oft verdeckt sind, verteidigen wir ein anderes Modell. Wo die SVP-Anführer ein zu lösendes Problem sehen, wenn mehr als jedeR zweite Arbeitnehmende einem Gesamtarbeitsvertrag untersteht, sehen wir dies als das Ergebnis einer Reihe von Siegen und eine beispiellose Errungenschaft. Wo sie glauben, die flankierenden Massnahmen als unerträgliche Bürokratie anprangern zu können, sind wir stolz darauf, dass wir dank ihnen die Löhne, und insbesondere die tiefsten Löhne besser schützen konnten als in den meisten europäischen Ländern.

Was wir verteidigen

Wir wehren uns mit dieser Kampagne daher gegen die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit. Aber im weiteren Sinne geht es darum, dass ein Modell in Frage gestellt wird: dass nämlich die Zahlung korrekter, Schweizer Löhne für jede in der Schweiz ausgeübte Tätigkeit gegenüber allen anderen Belangen Vorrang hat. In der Schweiz überprüfen KontrollleurInnen das Lohnniveau in den Unternehmen, ausländischen wie auch inländischen. Sie setzen die Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge durch. Sie kämpfen gegen Schwarzarbeit und Subunternehmerketten.

Die von uns erkämpften Flankierenden Massnahmen sind unentbehrlich. Allerdings genügend sie nicht immer und müssen daher verstärkt und nicht abgebaut werden. Tatsächlich beruht unsere Zustimmung zur Personenfreizügigkeit auf den Möglichkeiten, die dieser klare Rahmen bietet, welcher Ausbeutung und Missbrauch verhindert. Insofern kann und darf nur über dessen Umsetzung diskutiert werden. An den Rahmen selbst darf unter keinen Umständen Hand angelegt werden, indem die Gewährung gleicher Rechte für alle Arbeitnehmenden in Frage gestellt würde.

Übrigens stellt der Weg, den die Personenfreizügigkeit – das Aufenthaltsrecht bleibt vom Bestehen eines Arbeitsvertrags abhängig – und starke, wirksame flankierende Massnahmen vorgeben, die

beste Möglichkeit dar, die Einwanderung zu regulieren. Weder aus Fremdenfeindlichkeit noch aus Rassismus. Sondern einfach um sicherzustellen, dass der Rückgriff auf Arbeitskräfte aus der Europäischen Union einem tatsächlichen Mangel entspricht, und nicht der Absicht, die Lohnkosten zu senken. Man muss nur diese einfache Tatsache verstehen, um zu begreifen, weshalb die InitiantInnen so sehr am Saisonierstatut und Kontingenten hängen, die natürlich von den Arbeitgebern diktiert würden.

Was uns bei einem Ja erwartet

Man kann sich also leider ziemlich einfach vorstellen, was auf uns zukäme, sollte die Initiative angenommen werden. In diesem Punkt ist die Agenda der InitiantInnen absolut transparent: Es geht darum, wieder auf Gedeih und Verderb ausgelieferte Arbeitnehmende einsetzen zu können, abhängig von prekären Aufenthaltsgenehmigungen, nicht in der Lage ihre Rechte geltend machen zu können. Man muss die Äusserungen der InitiantInnen bis zum Schluss lesen: den Hahn zuzudrehen ist keineswegs eine Option. Was vielmehr angestrebt wird, ist die Möglichkeit, erneut auf alle Löhne Druck ausüben zu können, nachdem die flankierenden Massnahmen vollständig abgebaut wurden.

Eine Annahme der Initiative würde die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Sozialpartnern in Arbeitsmarktfragen drastisch einschränken. Es würde sich wieder eine harte rechte, unnachgiebige Front formieren, um ihre Agenda einer wettbewerbsorientierten Deregulierung voranzutreiben. Die Folge wären die Schwächung aller Schutzmassnahmen für Arbeitnehmende, die Auflösung der Arbeitsgesetzgebung, und es müssten substanzielle Lohnverluste für die breite Mehrheit der werktätigen Bevölkerung hingenommen werden. Ein Wettbewerbsschock, eine Amerikanisierung der Arbeitswelt, eine explosive Zunahme der Ungleichheit: Auch diese Agenda bekämpfen wir.

Wir brauchen ein klipp und klares Nein

Es ist offensichtlich, dass die Gewerkschaften in dieser Situation eine führende Rolle spielen müssen. Wenn die Zukunft guter Arbeitsplätze und Löhne auf dem Spiel steht, können und wollen wir uns nicht vor der Verantwortung drücken. Wir werden daher eine für solch eine Vorlage beispiellose Kampagne führen und uns dabei auf einen Schwerpunkt konzentrieren: Wir müssen klarmachen, dass dies ein Angriff auf alle Arbeitnehmenden ist und dass er statt Gesamtarbeitsverträgen und Lohnkontrollen eine gnadenlose Konkurrenz aller gegen alle zum Ziel hat.

Unser Ziel ist eine möglichst wuchtige Ablehnung dieser Initiative, um die Angriffe der harten ultraliberalen Rechten auf die Regulierung des Arbeitsmarktes zu stoppen. Dabei verlassen wir uns auf unsere Stärke: Überzeugungsarbeit vor Ort, indem wir herausstreichen, was wir in den letzten fünfzehn Jahre erreichen konnten. Und wir werden unsere eigenen Prioritäten deutlich machen: eine bessere Umsetzung des Lohnschutzes, die Entwicklung neuer Mechanismen dort, wo es nötig ist, die Wiederaufnahme des Kampfs für gesetzliche Mindestlöhne, der Schutz der Kaufkraft all derjenigen, denen nur ihre Arbeitskraft als Einkommensquelle zur Verfügung steht. Kurz: es braucht wieder ein Reformprojekt, von dem die Mehrheit der Búezerinnen und Búezer profitiert.